

BEBAUUNGSPLAN
ALLERSHAUSEN-GEWERBEGEB. WEST
LANDKREIS FREISING

PLAN-ENTWERFER: WITKLEIN UND STREIBER
BUNDESLANDAMT FREISING
VERLEHRT AM: 22. AUGUST 1968
Witklein
L. WITKLEIN
K. STREIBER

EXEMPLAR DER
REGISTRATIONSDOKUMENTATION
S. 24 - 25









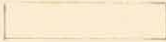



Die Gemeinde A l l e r s h a u s e n
erläßt auf Grund §§ 9, 10 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23.6.1960
(BGBl. I S. 341), Artikel 25 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern
(GO) vom 25.1.1952 (BayBO I S. 461), Artikel 107 der Bayerischen Bauordnung
(BayBO) vom 1.8.1962 (GVBl. S. 179), der Verordnung über die bauliche
Nutzung der Grundstücke (BNutzVO) vom 26.6.1962 (BGBl. I S. 429) und der
Verordnung über Festsetzungen im Bebauungsplan vom 22.6.1964 (GVBl. S. 161)
und der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne sowie über die
Darstellung des Planinhalts - Planzeichenverordnung - vom 19.1.1965
(Bundesgesetzblatt I S. 21) diesen Bebauungsplan als

S a t z u n g

Dieser Bebauungsplan ersetzt alle innerhalb seines räumlichen Geltungs-
bereiches früher festgesetzten Bebauungs- und Bauleitpläne.

A) F e s t s e t z u n g e n

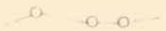
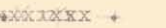
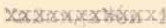


- 1a) Das Bauland wird nach § 9 Bundesbaugesetz und § 8 Baunutzungsverordnung als Gewerbegebiet festgesetzt.
- 1b) Ausnahmen, wie sie in § 8 Absatz 3 Ziffer 1 Baunutzungsverordnung vorgesehen sind, werden allgemein zugelassen.
- 1c) Ausnahmen, wie sie in § 8 Absatz 3 Ziffer 2 Baunutzungsverordnung vorgesehen sind, werden nicht Bestandteil dieses Bebauungsplanes.
- 2) Abgesehen von Einfriedungen sind außerhalb der ausgewiesenen überbaubaren Grundstücksflächen untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen im Sinne des § 14 Absatz 1 Baunutzungsverordnung unzulässig.
 - 3a) Die Zahl der Geschosse wird auf 3 Vollgeschosse als Höchstgrenze festgesetzt.
 - 3b) Als Grund- und Geschosflächenzahl gelten maximal die Höchstwerte des § 17 Absatz 1 Baunutzungsverordnung.
 - 4a) Als Einfriedungen werden nur Maschendrahtzäune mit Säulen aus Holzprofilen geringen Querschnitts zugelassen. Als Zaunhöhe sind 1,00 m über Straßenoberkante festgesetzt. Die Zäune können mit Büschen hinterpflanzt werden.
 - 4b) Die Einfriedungen dürfen keine grellen Farbanstriche enthalten.
 - 4c) Werbeanlagen an Zäunen sind unzulässig.
- 5)  Sichtdreiecke sind von baulichen Anlagen, Bepflanzungen und Ablagerungen von Gegenständen über 1,00 m Höhe über Straßenoberkante freizuhalten.
- 6) Baugrundstücke, welche an die Staatsstraße St 2054 angrenzen, dürfen keine direkten Zugänge oder Zufahrten zu dieser Staatsstraße haben.

- 7)  Grenze des räumlichen Geltungsbereiches d-s Bebauungsplanes
-  Baugrenzen
-  Begrenzungslinien für öffentliche Verkehrsflächen
-  Öffentliche Strassenverkehrsflächen
-  Öffentliche Parkflächen
-  Grünflächen
-  Parkanlagen
-  von der Bebauung freizuhaltende Grundstücksflächen
-  Flächen für Stellplätze

8) Nach Fertigstellung der Bauvorhaben ist auf den Baugrundstücken an jeder Stelle für je 200 qm Fläche ein Baum bodenständiger Art zu pflanzen.

9) z.B. +12,5+ Maßangaben in Metern

Einweise

-  bestehende Grundstücksgrenzen
- z.B. 1749 Grundstücknummer
-   
- z.B. R=12 Abstand in Metern
-  eigene Gebäude

Die mit (S) bezeichnete öffentliche Grünfläche dient als Freizeitaltfläche für eine mögliche Erweiterung des Sportplatzes.

Die mit (F) bezeichnete öffentliche Verkehrsfläche dient zur Anlage eines Fußweges im Sinne des Artikel 53 Buchstabe b Bayerisches Straßengesetz vorzusehen. Dieser Fußweg wird weitergeführt entlang der Staatsstrasse ST 2054 nach Osten bis zur Einmündung der Kreisstrasse 20 6.

Die Staatsstrasse ST 2054 wird nach Osten bis zur Einmündung der Kreisstrasse 20 6 auf drei Fahrspuren mit insgesamt 10,00 m Fahrspurbreite erweitert.

Allershausen, den
 20.09.2010

1. Bürgermeister

C) Verfahrensverläufe

1. Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde mit der Begründung
gemäß § 2 Abs. 5 BBauG vom 27. Februar 1969 bis 24. Februar 1969
in Allershausen, Rathaus
Öffentlich ausgelegt.

(Siegel) 

Allershausen, den 28.3.1969
Gemeinde Allershausen

Bürgermeister Mommert

2. Die Gemeinde Allershausen hat mit Beschluß des Gemeinderates
vom 27. März 1969 . . . den Bebauungsplan gemäß § 10 BBauG
als Satzung beschlossen.

(Siegel) 

Allershausen, den 28.3.1969

Bürgermeister Mommert

3. Der Landratsamt Freising hat den Bebauungsplan mit Verfügung
vom 14.5.1970 . . . Dr. 7/1 10-10/13-7
gemäß § 11 BBauG



genehmigt.

Freising, München, den 11. Juni 1970

Ullrich
(Leitender)
Regierungsrat

4. Der genehmigte Bebauungsplan wurde mit Begründung vom 21.5.1970
bis 22. Juni 1970 . . . im Rathaus Allershausen . . .
§ 12 Satz 1 BBauG Öffentlich ausgelegt. Die Genehmigung
und die Auslegung sind am 20. Mai 1970 . . . ortsüblich durch
Aushang an den Gemeindefesteln . . . bekanntgemacht worden. Der
Bebauungsplan ist damit nach § 12 Satz 3 BBauG rechtsverbindlich.

(Siegel) 

Allershausen, den 9.6.1970

Bürgermeister Mommert

